



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Mittwoch, 16. Mai 2012

Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat April informieren.

Das **Bayerische Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternet** ist eine wichtige strukturpolitische Maßnahme. Gut im world-wide-web vernetzt zu sehen und hohe Datenübertragungsgeschwindigkeiten zu erreichen, ist ein harter Standortfaktor geworden und damit für die Prosperität unseres Wirtschaftsstandorts Bayern unerlässlich. Dies gilt für städtische Räume ebenso wie für ländlich strukturierte Gegenden. Zugleich ist die Versorgung mit schnellen Internetverbindungen heute längst ein Aspekt der Daseinsvorsorge geworden wie bisher der Anschluss an die Wasserversorgung, die Kanalisation, Telefon- oder Gasleitungen. Die 100 Millionen Euro, die allein im Nachtragshaushalt 2012 für das neue Förderprogramm vorgesehen sind, sind deshalb gut und wichtig investierte Finanzmittel. Auch in den nächsten Jahren werden hier hohe Investitionen nötig sein – das Förderprogramm ist denn auch zu Recht bis Ende 2017 angelegt.

Über die **verpflichtende Installation von Rauchwarnmeldern** in Neubauten und - mit einer Übergangsfrist – auch in Altbauten hatte ich Sie/Euch bereits in meinem Sonder-Newsletter vor wenigen Wochen informiert.

Das Thema **Stärkung der hausärztlichen Versorgung** ist und bleibt auch im Landkreis Dachau hochakut. Unsere Bemühungen, in Sulzemoos wieder eine Hausarztpraxis zu eröffnen, gehen unvermindert fort. Wir haben hierzu als CSU-Kreisverband ja einen Antrag an den CSU-Parteitag gestellt. Zudem habe ich mich in dieser Frage an Bayerns Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber gewandt, beide Male mit der Forderung, die Planung der hausärztlichen Versorgung parzellenscharfer zu fassen. In unserem Landkreis nämlich besteht – weil er bisher von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns insgesamt als Planungseinheit betrachtet wird – die Gefahr, dass Hausarztstühle in den Süden – nach Dachau oder Karlsfeld – verlegt werden und die übrigen Teile des Landkreises leer ausgehen. Dies werden wir nur durch eine kleinräumigere Planung der ärztlichen Versorgung in den Griff bekommen. Hierzu dürfen wir künftig also nicht mehr den Landkreis als Planungseinheit betrachten, sondern sollten ihn beispielsweise in vier Quadranten unter-

teilen, in denen die Versorgung jeweils gleich hoch sein müsste. So könnte die Abwanderung von Hausärzten aus den kleineren Gemeinden verhindert – und die Fahrzeiten der Patientinnen und Patienten verkürzt werden.

Virulent ist aktuell weiterhin das Thema **Ausbau des Bahnknotens München** und hier insbesondere der Bau und die **Finanzierung der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke** durch die Münchner Innenstadt. Der Bayerische Ministerrat hat sich in seiner Sitzung am 9. Mai 2012 erneut mit dieser Frage befasst. Zudem war an diesem Tag Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer in der CSU-Landtagsfraktion zu Gast und hat zur aktuellen Situation Rede und Antwort gestanden. Dabei hat sich die Staatsregierung eindeutig zur Zweiten Stammstrecke als Rückgrat eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts für den Ballungsraum München bekannt. Dies können wir nur ausdrücklich begrüßen. Wichtig ist insbesondere, dass das Genehmigungsverfahren für die Zweite Stammstrecke planmäßig fortgeführt wird.

Der Ministerrat hat am 9. Mai zudem ein **13-Punkte-Sofortprogramm zur „Qualität im Münchner S-Bahn-System“** beschlossen. Für unseren Landkreis Dachau essentiell ist dabei, dass die Elektrifizierung der Linie A zwischen Dachau und Altomünster als einer der 13 Punkte in das Sofortprogramm aufgenommen wurde. Nach neuesten Einschätzungen wird die Regierung von Oberbayern die Planfeststellungsunterlagen für die Linie A, also die künftige S-Bahn-Linie S 22, noch im Mai an das Eisenbahn-Bundesamt übersenden können. Dies wird geschehen, sobald die Stellungnahme des Vorhabenträgers Deutsche Bahn zu drei kleineren Umplanungen – Verschiebung des Haltepunkts Schwabhausen um fünf Meter in Richtung Dachau, Verbreiterung der Ersatzwegeverbindung für den aufgelassenen Bahnübergang in Erdweg an der Glonn/Wehrkanal um einen Meter sowie Maßnahmen zum Ausschluss einer Hochwassergefährdung bei der Ersatzwegeverbindung für den aufgelassenen Bahnübergang in Schwabhausen an der Kläranlage – eingegangen ist. Damit kann der bisher gültige Zeitplan – Baubeginn im Sommer 2013, Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel im Dezember 2014 – weiterhin eingehalten werden. Der Bau der Zweiten Stammstrecke sowie sämtliche 13 Punkte aus dem von der Staatsregierung beschlossenen Sofortprogramm sind notwendig, um den Verkehrsinfarkt gerade im wachsenden Umland von München, insbesondere also im Landkreis Dachau und hier vor allem in der Großen Kreisstadt und in Karlsfeld, zu vermeiden. Den Ministerratsbeschluss vom 9. Mai sowie ein Schaubild, das das 13-Punkte-Sofortprogramm illustriert, lege ich diesem Newsletter zur Dokumentation gerne bei.

Im Bereich des **Öffentlichen Dienstes** tut sich ebenfalls einiges. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 41 Stunden zum 1. August 2012 ist ja bereits seit langem beschlossen, ebenso die Bezügeerhöhung um 1,5 Prozent zum 1. November 2012 für die bayerischen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter. Die Grenze von 40 Wochenstunden wird bei der Arbeitszeit schließlich wieder zum 1. August 2013 erreicht werden. Derzeit laufen aber bereits die **Vorgespräche für den Doppelhaushalt 2013/2014**. Als abgemacht gilt dabei, dass die Wiederbesetzungssperre 2013 wieder von derzeit zwölf auf drei Monate verkürzt wird. Streit besteht in diesem Zusammenhang nur noch, ab wann die gekürzte Wiederbesetzungssperre wirksam werden soll: ob nach drei Monaten, also zum 1. April 2013, oder bereits zum 1. Januar 2013, so dass alle Dienstposten, für die bereits eine Wartezeit von drei Monaten ins Land gegangen ist, schon zu Jahresbeginn wieder besetzt werden könnten. Variante 1 – 1. April – würde den Staat im Jahr 2013 rund 18 Millionen Euro kosten, Variante 2 rund 25 Millionen Euro. Konsens besteht auch, dass die mit dem Neuen Dienstrecht beschlossene **zweite Tranche der Stellenhebungen** im Doppelhaushalt 2013/2014 umgesetzt werden soll. Insgesamt handelt es sich um ein Finanzvolumen von 60 Millionen Euro, das hier zur Höherbewertung von Dienstposten eingesetzt werden kann. Fraglich sind hier noch die Modalitäten: ob diese 60 Millionen Euro in zwei Tranchen im Jahr 2013 eingesetzt werden – oder in vier Tranchen verteilt auf beide Haushaltsjahre 2013 und 2014. Der Arbeitskreis Öffentlicher Dienst der CSU-Landtagsfraktion plädiert intensiv dafür, es bei zwei Tranchen zu belassen und sämtliche Hebungen so bereits im kommenden Jahr wirksam werden zu lassen. Nur zur Erinnerung: mit der ersten Tranche der Stellenhebungen konnten vor

drei Jahren 18.000 Beamtinnen und Beamte befördert werden, viele von ihnen erstmals, so etwa viele Grundschullehrerinnen und -lehrer in das neue Beförderungsamt A 12 Z.


Die derzeit ausgesetzten **Leistungselemente** sollen im kommenden Jahr ebenfalls wieder eingeführt werden. Ich halte dies für einen enorm wichtigen Aspekt. Das Neue Dienstrecht betont ja das Leistungsprinzip, das sich wie ein roter Faden durch das gesamte Gesetzeswerk zieht. Da war es absolut kontraproduktiv, ja widersprüchlich, dass im Zuge der Einsparungen im Doppelhaushalt 2011/2012 gerade die Leistungselemente ausgesetzt wurden. Dieser Fehler wird nun im nächsten Doppelhaushalt korrigiert werden.

Schließlich ist aktuell die Frage des **Urlaubsanspruchs** virulent, nachdem ein Gericht für den Bereich der Beschäftigten im Bereich des Öffentlichen Dienstes entschieden hat, dass die bisherige Altersdifferenzierung beim Urlaubsanspruch – 26 Tage für die Jüngeren, zunehmend auf 30 Tage für die Älteren – nicht rechtens ist und auch die Jüngeren den höheren Anspruch erhalten sollten. Diese Frage wird eine große Rolle bei den Verhandlungen zum Tarifvertrag für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (TV-L) spielen, der im Frühjahr 2013 in Kraft treten wird. Es liegt nahe, die dort gefundene Lösung auch auf den Beamtenbereich zu übertragen. So lange hat das Finanzministerium allen Beamtinnen und Beamten Bayerns für die Jahre 2011 und 2012 jeweils einen Gesamturlaubsanspruch von 30 Tagen zugestanden. Die Differenz zum aktuell gültigen Urlaubsanspruch (26 oder 29 Tage) kann zwar vor dem Inkrafttreten einer Neuregelung nicht genutzt werden, aber immerhin ist es möglich, die Differenztage für das Jahr 2013 anzusparen und dann – je nach neuer Rechtslage – zu nutzen. Im weitestgehenden Falle könnten sich junge Beamtinnen und Beamte im Jahr 2013 also über zwölf (!) zusätzliche Urlaubstage freuen, jeweils vier aus 2011, 2012 und 2013...

Aus dem praktischen Leben im Landtag kann ich berichten, dass die CSU-Landtagsfraktion am 9. Mai ihren **neuen Fraktionssaal bezogen** hat, der im so genannten „Erweiterungsbau Nord“ untergebracht ist. Dieser neue fünfgeschossige Bau wird in der kommenden Woche, am 24. Mai, offiziell eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben und schließt die letzte Baulücke auf dem Gelände des Maximilianeums. Die CSU-Landtagsfraktion war ja während der Bauphase im Senatsaal des Landtags zusammengekommen. Dieses Interim ist nun vorüber.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun sowohl eine gedeihliche Lektüre als auch morgen einen unbeschwerten Festtag zu Christi Himmelfahrt – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer


Gerhard Liebhart

Bayerisches Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternet

Nachdem sich die **Regierungsfraktionen von CSU und FDP** auf Höhe und Inhalt einer Förderung verständigt hatten, beschloss die Staatsregierung am 25. April 2012 die **Eckpunkte zur Förderung des Hochgeschwindigkeitsinternets in ganz Bayern.**

Der **CSU-Fraktion** war es dabei **wichtig**, dass **bayernweit** Internetanschlüsse der **nächsten Generation** gefördert werden können, weil wir uns davon **kräftige Impulse für den IT- und Wirtschaftsstandort Bayern** erwarten.

Zukunftsfähige Breitbandanschlüsse sind eine Grundlage für **bestmögliche Standortqualität** und die **Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.**

Im **Nachtragshaushalt 2012** haben wir deshalb die **Fördermittel** für das neue bayerische Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternet **auf insgesamt 100 Millionen Euro aufgestockt.** Auch in den **kommenden Jahren** wollen wir **weitere kraftvolle Impulse** für das schnelle Internet setzen.

Neben der bayernweiten Wirkung war der CSU-Fraktion eine **Differenzierung der Fördersätze nach Finanzkraft der Kommunen** sehr wichtig. Auch **steuerschwächere Gemeinden**

sollen von der Förderung profitieren können, die sonst die Erschließung mit superschnellem Internet nicht schultern könnten. Außerdem wird auf unseren Vorschlag das Förderprogramm **durch zinsgünstige Darlehen der LfA Förderbank Bayern flankiert.**

Im Einzelnen haben wir uns auf folgende **Förder- und Priorisierungskriterien** geeinigt:

- **Ziel** ist der Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation mit Übertragungsbreiten **von mindestens 50 Mbit/s in Gewerbegebieten und „Kumulationsgebieten“** mit mindestens fünf Unternehmen.
- Die **Erschließung von Privathaushalten und kommunalen Einrichtungen** (wie etwa Schulen und Behörden) ist in diesem Zusammenhang als **erwünschter Nebeneffekt** auch unterhalb der genannten Mindestübertragungsrate förderfähig.
- Der **Förderhöchstbetrag** beläuft sich auf **500.000 Euro pro Gemeinde**; förderfähig ist nur der Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke.

- Der **maximale Fördersatz** beträgt **80 %** in den **strukturschwachen Gebieten** und an von Abzugsplänen betroffenen **Bundeswehr- und US-Truppenstandorten**.
 - Für die **übrigen Regionen** Bayerns beträgt der **maximale Fördersatz 40, 50 oder 60 %**, je nach Finanzkraft der Gemeinden.
 - Das Programm **fördert technologieutral**; es findet keine Leerrohrförderung statt, sondern **nur die Förderung von Endkundenanschlüssen**.
 - Das Programm läuft **bis Ende 2017**.
 - Es sollen **mehrere Millionen Euro** für ein **LfA-Darlehensprogramm** vorgesehen werden.
- Nach dem Beschluss des Ministerrats folgt nun die **Notifizierung des Programms bei der Europäischen Union**. Wir hoffen, dass man in Brüssel schnell entscheidet, damit **noch in diesem Jahr** die ersten Förderbescheide bewilligt werden können.

Rauchwarnmelder zum Standard in ganz Bayern machen

Rund 600 Menschen sterben jährlich in Deutschland bei Bränden, davon allein 50 in Bayern. **95 % aller Brandtoden** fallen nicht den Flammen zum Opfer, sondern **sterben an einer Rauchvergiftung**. **70 %** der Brandopfer werden nachts **im Schlaf überrascht**.

Obwohl Rauchwarnmelder eine kostengünstige Möglichkeit sind, sich vor Brandgefahren zu schützen, sind bisher **lediglich 7 % aller deutschen Haushalte mit Rauchwarnmeldern ausgestattet**.

Vor diesem Hintergrund hat sich die CSU-Fraktion **in einem Dringlichkeitsantrag** für eine **Rauchwarnmelderpflicht** ausgesprochen, die nicht nur für alle Neubauten, sondern mit

einer **Übergangsfrist auch für alle Altbauten** gelten soll.

Die **Koalitionsfraktionen** von CSU und FDP werden bereits **in Kürze einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorlegen**, der noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden soll.

Eine **eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe** befasst sich derzeit mit den Details der Regelung.

Die CSU-Fraktion ist **allen praktischen Lösungen gegenüber aufgeschlossen**, die zu einem verstärkten Einsatz von Rauchwarnmeldern in bayerischen Wohngebäuden führen. Wir wollen **weder ein Bürokratiemonster schaffen, noch die Bürgerinnen und Bürger mit Sanktionen**

oder **zusätzlichen behördlichen Kontrollen belasten.**

Wir setzen vielmehr darauf, die Menschen durch die „faktische Kraft des

Normativen“ **zum Eigenschutz vor Brandgefahren zu motivieren.**

Fortführung des Franken-Sachsen-Express im Stundentakt

Mit der **Elektrifizierung des Teilstückes Dresden-Hof der Franken-Sachsen-Magistrale** (Nürnberg-Dresden) wird die Linie **voraussichtlich ab Juni 2016 in Hof gebrochen** werden. Außerdem **droht ein Ende des Stundentaktes** bereits ab September 2013, falls der IRE nicht fortgeführt wird. Auch würde eine **wesentliche Verlängerung der Fahrzeiten** eintreten, wenn auf bayerischer Seite **nicht mehr mit Neigetechnikzügen** gefahren werden würde.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich **auf Bundesebene** und **gegenüber der Deutschen Bahn AG**

nachdrücklich dafür einzusetzen, dass diese auch künftig ihrer Verantwortung für Fernverkehrsverbindungen in der Fläche nachkommen und die **Strecke Nürnberg-Dresden (Franken-Sachsen-Magistrale)** **möglichst im bisherigen Umfang bedient wird.** Die Staatsregierung soll **dementsprechend dafür Sorge tragen**, dass die Franken-Sachsen-Magistrale auch zukünftig **alternierend über Marktredwitz und Bayreuth (als eigenwirtschaftlicher Fernverkehr) stündlich bedient** wird und dass dabei bei allen Streckenabschnitten, die nicht elektrifiziert sind, weiterhin **soweit möglich Neigetechnikzüge** eingesetzt werden.

Hausarztversorgung in den ländlichen Regionen weiter verbessern – aber richtig!

Im Rahmen der medizinischen Ausbildung hat die **Allgemeinmedizin einen bedeutenden Platz.** Ihre Stellung soll in der neuen Approbationsordnung für Ärzte **weiter gestärkt** werden. Die deutschen Fakultäten **unterrichten das Fach Allgemeinmedizin teilweise durch eigene Professoren**, in der Regel Lehrstuhlinhaber, **überwiegend**

aber durch praktische Ärzte, die dafür im Rahmen eines Lehrauftrags innerhalb der Medizinischen Fakultät tätig werden.

Eine **stärkere Gewichtung** hat die Allgemeinmedizin **dort, wo ein eigener Lehrstuhl für Allgemeinmedizin besteht.**

Für die CSU-Fraktion ist es **wichtig**, dass die Studierenden die Möglichkeit haben, dieses **anspruchsvolle und facettenreiche medizinische Tätigkeitsfeld** im Rahmen ihres **Praktischen Jahres** tatsächlich **kennen zu lernen**. Insbesondere davon wird es nämlich abhängen, ob es **in Zukunft genügend junge Ärztinnen und Ärzte** geben wird, die den **anspruchsvollen Beruf** eines Arztes in einer allgemeinmedizinischen Praxis **außerhalb der Ballungszentren ausüben wollen**.

Wir haben daher die Staatsregierung **in einem Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, unter Wahrung der Hochschulautonomie und im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel den **Aufbau von Lehrstühlen für Allgemeinmedizin an den medizinischen Fakultäten zu unterstützen**, die solche Lehrstühle einrichten wollen.

Außerdem soll sie dafür sorgen, dass die fünf bayerischen Universitäten, die den Studiengang der Humanmedizin anbieten, **auch zukünftig sicherstellen**, dass alle Studierenden, die das wollen, den **16-wöchigen Ausbil-**

dungsabschnitt des Praktischen Jahres in der Allgemeinmedizin **tatsächlich absolvieren können**.

Darüber hinaus haben wir die Staatsregierung aufgefordert **zu berichten**, was sie seit der Ministerratssitzung vom 23. März 2010 hinsichtlich der Planungen zum **Aufbau eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Medizinischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg** unternommen hat.

Der Bericht soll sich ferner darauf erstrecken, ob es **entsprechende Überlegungen** auch an den Medizinischen Fakultäten der **LMU sowie der Universitäten Würzburg und Regensburg** gibt.

Auch soll sie dazu Stellung nehmen, ob sie bereits auf Bundesebene tätig geworden ist, die **Approbationsordnung für Ärzte** so zu ändern, dass die **Allgemeinmedizin weiter gestärkt** wird.

Tag der Veteranen der Bundeswehr in Deutschland einführen

Mit den **Auslandseinsätzen** der letzten beiden Jahrzehnte hat sich die **Bundeswehr** mehr und mehr zu einer **Armee im Einsatz** entwickelt. Mittlerweile waren **mehr als 300.000 Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiter** der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Sie nehmen damit eine **un-**

verzichtbare und einzigartige Aufgabe für unseren Staat und unsere Gesellschaft wahr. Sie **schützen unsere Freiheit und den Frieden** – hier in Deutschland und in internationalen Einsätzen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.

Gerade im Zuge des Übergangs der Bundeswehr hin zu einer reinen Freiwilligenarmee wird es immer notwendiger, die **Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft** weiterhin **belastbar und lebendig zu erhalten**. Dies soll gerade auch durch eine deutliche und von der Breite der Gesellschaft getragene Anerkennung des Dienstes der Veteranen erfolgen.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich auf Bundesebene für die **Einführung eines bundesweiten Tages für die Veteranen der Bundeswehr** einzusetzen.

Koranverteilung in Bayern: Ja zur Religionsfreiheit – Nein zu islamistischer Propaganda

Die Verbreitung des Korans oder anderer religiöser Schriften ist vom **Grundrecht der Religionsfreiheit** gedeckt.

Der **bayerische Verfassungsschutz** stellt jedoch zur aktuellen Koranverteilung der radikalen Salafisten in Deutschland fest, dass die **ideologischen Grundsätze des Salafismus unvereinbar** sind mit den im Grundgesetz verankerten **Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde**.

Der **Koran** wird hier also offensichtlich für extremistische Umtriebe **missbraucht**. Wir müssen daher **wachsam sein** und dürfen die **vom Salafismus ausgehenden Gefahren** nicht unterschätzen.

Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, dem Landtag **zu berichten**, welche Erkenntnisse den Sicherheitsbehörden in Bayern über die Koranverteilungen der Salafisten vorliegen, insbesondere ob in diesem Zusammenhang Tatsachen festgestellt wurden, dass diese verfassungsfeindliche Ziele verfolgen.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung **im Parlamentarischen Kontrollgremium des Landtags berichten**, welche **allgemeinen Erkenntnisse** den Sicherheitsbehörden, einschließlich des Landesamtes für Verfassungsschutz, **über die salafistischen Bestrebungen vorliegen**.

ESM und Fiskalpakt eng verknüpfen

In einem **weiteren Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene

dafür einzusetzen, dass die **Maßgabe der Ratifizierung des Fiskalpakts** und die **Erfüllung der sich aus ihm**

ergebenden Pflichten zukünftig als Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen durch den ESM **strikt eingehalten** werden.

Darüber hinaus haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass einer **befristeten teilweisen Kombination der beiden Rettungsschirme ESM und EFSF** nur unter **engen Voraussetzungen** zugestimmt werden kann, nämlich:

- Die **maximale Ausleihkapazität** des voraussichtlich zum 1. Juli 2012 in Kraft tretenden permanenten Rettungsschirms **ESM beträgt 500 Mrd. Euro**.
- Der bereits existierende temporäre Rettungsschirm **EFSF wird Mitte 2013 auslaufen** und greift bis dahin parallel zum ESM.
- Der **internationale Währungsfonds (IWF)** muss sich weiterhin

und dauerhaft an der Eurostabilisierung beteiligen.

- Die **Mittel des ESM sind gegenüber der EFSF vorrangig einzusetzen.**
- Der **Deutsche Bundestag** muss bei der **Freigabe konkreter Rettungspakete** weiterhin das **letzte Wort** haben.
- Die **Gewährung künftiger Rettungsmaßnahmen** setzt voraus, dass **Empfängerländer Reformen durchführen**, um die Staatsverschuldung zu beseitigen.

Außerdem haben wir noch einmal unsere **Erwartung zum Ausdruck gebracht**, dass die **Europäische Zentralbank** bei allen ihren Maßnahmen der **Geldwertstabilität Vorrang einräumt.**

Bewährtes System zur Ausbildung von Kranken- und Altenpflegern erhalten

Die CSU-Fraktion **spricht sich dagegen aus**, dass die **Zugangsvoraussetzung für die Krankenpflegeausbildung** von 10 Jahren allgemeiner Schulbildung **auf 12 Jahre erhöht** wird.

Aufgrund der **geplanten generalistischen Pflegeausbildung** wäre **indirekt auch die Altenpflege** davon **betroffen**.

Mit einer solchen Anhebung würden **Bewerberinnen und Bewerber mit mittlerer Schulbildung** oder **mit Hauptschulabschluss und beruflicher Vorbildung** von der EU-weit anerkannten **Krankenpflegeausbildung ausgeschlossen.**

Daher **lehnen** wir den **entsprechenden Reformvorschlag der EU-Kommission** entschieden **ab** und haben die **Staatsregierung in einem Antrag**

aufgefordert, diese Haltung auch **im Bundesrat zu vertreten**.

Einführung der Gelangensbestätigung bei Lieferungen ins EU-Ausland

Die **Einführung der Gelangensbestätigung bei Lieferungen ins EU-Ausland** führt zu einem **hohen Aufwand** für deutsche Unternehmen und deren ausländische Abnehmer und ist zudem **mit finanziellen Risiken verbunden**. **Zwar ist das Ziel**, mehr Rechtssicherheit zu schaffen und die Nachweise auf eine Bescheinigung zu reduzieren, **zu begrüßen**. Die **Umsetzung in der täglichen Praxis führt bei vielen Unternehmen**, die sich durch organisatorische Maßnahmen an die bisherige Praxis angepasst hatten, jedoch **zu Schwierigkeiten**.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, sich bei der **Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen** zur Einführung der Gelangensbestätigung bei Lieferungen ins EU-Ausland dafür einzusetzen, dass der **bürokratische Aufwand in einem angemessenen Verhältnis** zum Nutzen **steht** und **alternative Nachweise anerkannt** werden.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Staatsdienst

In **Gebieten mit erhöhtem Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen** streben wir eine **Entlastung für Familien mit Kindern** an.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert zu prüfen und dem Landtag zu berichten, **ob** im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel in Gebieten mit erhöhtem Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen die **Einrichtung von zusätzlichen Angeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Staatsdienst** unterstützt werden kann.

Hierzu soll sie ggf. ein **entsprechendes Konzept** auf der Fördergrundlage des BayKiBiG **entwickeln**.

Kennzeichnung regionaler Produkte

Das **Interesse** der Verbraucherinnen und Verbraucher **an Produkten aus der Region nimmt stetig zu**. Die Bezeichnung „aus der Region“ wird allerdings bisher nicht einheitlich gehandhabt.

Um herauszufinden, ob eine einheitliche Regionalkennzeichnung für bayerische Produkte bessere Vermarktungs- und Verkaufschancen erwarten lässt, haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, **über aktuelle Entwicklungen zur Kennzeichnung regionaler Produkte** im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten **zu berichten**.

Neonazistische Organisation Freies Netz Süd (FNS) verbieten

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir die **konsequente Praxis der Staatsregierung**, rechtsextremistische Organisationen nach dem Vereinsgesetz **zu verbieten** und das Bundesministerium des Innern bei Verbotverfahren des Bundes **zu unterstützen, ausdrücklich begrüßt**.

Außerdem soll die Staatsregierung **prüfen**, ob das neonazistische „Freie Netz Süd“ und die „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ nach dem Gesetz **verboten werden** können, und in diesem

Falle die **erforderlichen Maßnahmen treffen**.

Einführung des neuen Personalausweises (nPA) in Bayern

Der neue Personalausweis wurde zum 01.11.2011 bundesweit eingeführt und beinhaltet **moderne hoheitliche** (u. a. biometrisches Reisedokument) **und nichthoheitliche Funktionen** (elektronischer Identitätsnachweis zur Nutzung im Internet, eID).

Damit können sowohl der Freistaat als insbesondere auch die Kommunen **zahlreiche Verwaltungsvorgänge** im Sinne des eGovernment **online anbieten**, die durch die eID-Funktion des neuen Personalausweises eine **höhere Qualität erhalten bzw. überhaupt erst möglich werden** (sichere Identitätsfeststellung).

Entscheidend für die **Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern** ist ein **möglichst breites Angebot** an Verwaltungsvorgängen und Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand vorgehalten werden.

In diesem Zusammenhang haben wir die Staatsregierung **in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert**, dem Landtag über die Fortschritte bei der Einführung der eID-Funktion des neuen Personalausweises in Bayern **zu berichten**.

Dabei sollen **insbesondere die Nutzung und Verbreitung** der Funktionen, die dem eGovernment zuzurechnen sind, dargestellt sowie **aktuelle Dienstleister in Bayern und Hemmnisse bei der Einführung** thematisiert werden.

Das **Bundesverwaltungsamt**, Vergabestelle für Berechtigungszertifikate, soll bei der Berichterstattung **beteiligt werden**.

und **etwaige Einsatzmöglichkeiten zu prüfen**.

Wap-Billing – Kunden wirksam schützen

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, dem Landtag **innerhalb eines Jahres** nach Inkrafttreten der maßgeblichen Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes zum Schutz der Verbraucher vor unberechtigten Forderungen aus Smartphone-Kostenfallen darüber **zu berichten**, ob die Verbraucher durch die neu beschlossenen Vorschriften **ausreichend geschützt** werden. Zudem soll in dem Bericht darauf eingegangen werden, **ob** die Vorschriften zum Schutz vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr **ausreichenden Schutz vor Smartphone-Kostenfallen bieten**.

Cloud-Technologie

Die Cloud-Technologie ermöglicht vielfältige Anwendungen, ohne den zwingenden Erwerb von Software-Lizenzen. Dies kann für dafür geeignete bayerische Bildungseinrichtungen sowie für Teile der Verwaltung des Freistaats **langfristig zu Kosteneinsparungen führen**.

Wir haben die Staatsregierung daher aufgefordert, **über bisherige Erfahrungen** mit der Cloud-Technologie in staatlichen Einrichtungen **zu berichten**



«Empfängerhinweis»

Nr: 160

München, 9. Mai 2012

Bericht aus der Kabinettsitzung:

Staatsregierung beschließt 13-Punkte-Sofortprogramm für besseren Nahverkehr der Metropolregion München in Höhe von 870 Millionen Euro / Seehofer und Zeil „Zweite Stammstrecke bleibt Rückgrat für Zukunft des Münchner Nahverkehrs“

Das Bayerische Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung erneut den Sachstand beim Bahnknoten beraten und insbesondere beschlossen, die Genehmigungsverfahren für die Zweite Stammstrecke planmäßig fortzuführen und mit einem 13-Punkte-Sofort-Programm die Qualität des Nahverkehrs in der Metropolregion München nachhaltig zu verbessern. Für die Staatsregierung ist dabei weiterhin die Zweite Stammstrecke das Rückgrat eines zukunftsfähigen Verkehrskonzeptes für den Ballungsraum München. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Verkehrsminister Martin Zeil betonten: „Mit der Zweiten Stammstrecke können wir die nötige Kapazitätserweiterung dauerhaft sichern und effektive Taktausweitungen ermöglichen. Auch für die Flughafenbindung hat die Zweite Stammstrecke zentrale Bedeutung.“

Das Kabinett hat folgenden Beschluss gefasst:

./.

1. *Der Ministerrat nimmt den Bericht des Staatsministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu planerisch und baulich rasch realisierbaren Maßnahmen zur Verbesserung des Nahverkehrsangebots im Großraum München zustimmend zur Kenntnis.*

2. *Der Ministerrat beauftragt den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, das vorgeschlagene 13-Punkte-Sofortprogramm „Qualität im Münchner S-Bahn System“ zügig voranzutreiben und so schnell wie möglich zu realisieren. Er beauftragt den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie darüber hinaus, in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden der DB AG für die Bereitschaft zu werben, die Gleise 0/1 im Bahnhof Pasing für die Verlängerung der U5 verfügbar zu machen. Er fordert zugleich die Landeshauptstadt München auf, die Planungen für dieses Projekt unverzüglich durchzuführen und abzuschließen.*

3. *Der Ministerrat beauftragt den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, die Genehmigungsverfahren für die 2. Stammstrecke in München planmäßig fortzuführen.*

4. *Bayern hat seine Bereitschaft zur Vorfinanzierung von 350 Mio. € des Bundesanteils der 2. Stammstrecke bereits erklärt und die Finanzierung gesichert. Der Ministerrat nimmt zur Kenntnis, dass es den Landkreisen rechtlich möglich ist, sich an der Vorfinanzierung zu beteiligen. Bei der Vorfinanzierung der restlichen 350 Mio. € kommt der LHM eine Schlüsselrolle zu. Daneben stehen auch die Landkreise politisch in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Die Frage der Finanzierung unter Einbindung der Kommunen (Stadt und Landkreise) muss noch in diesem Jahr geklärt werden. Die Finanzierung über ein PPP-Projekt wurde nochmals sorgfältig geprüft, aber im Hinblick*

darauf, dass die Finanzierung letztlich von den Fahrgästen getragen werden müsste, verworfen.

5. *Der Ministerrat beauftragt den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, gemeinsam mit der DB AG weitere Maßnahmen zur Netzertüchtigung und Qualitätsverbesserung unverzüglich und nachdrücklich voranzutreiben. Dazu gehören die Zurverfügungstellung ausreichender Züge, technische Verbesserungen, z.B. bei der Signaltechnik und eine bessere Personalausstattung.*

Verkehrsminister Zeil: „Nicht nur bei der Zweiten Stammstrecke fehlen Bundesmittel. Bundesweit gibt es einen Investitionsstau von rund fünf Milliarden Euro bei großen Vorhaben im Bereich S-Bahn und im Öffentlichen Personennahverkehr. Dieser Investitionsstau muss durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für das GVFG-Bundesprogramm aufgelöst werden.“ „Diese Erhöhung stünde dann dringend notwendigen Nahverkehrsprojekten in den deutschen Ballungszentren, wie der Zweiten Stammstrecke, zur Verfügung“, erklärte Zeil.

Parallel dazu wird die Staatsregierung die Bemühungen um eine Verlängerung des GVFG-Bundesprogramms (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) über das Jahr 2019 hinaus fortsetzen. Zeil: „Dies ist im Hinblick auf die notwendige Planungs- und Finanzierungssicherheit für zahlreiche große Projekte im S-Bahn-Bereich und im Öffentlichen Personennahverkehr sowie im Hinblick auf die Energiewende dringend erforderlich. Denn wer S-Bahn fährt, tut nicht nur der Umwelt einen Gefallen, sondern spart auch Energie.“

Die Staatsregierung wird in den nächsten Wochen ihre Anstrengungen fortsetzen, in Gesprächen mit allen Betroffenen eine Lösung der noch offenen Finanzierungsfragen herbeizuführen. Zeil: „Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Landeshauptstadt München zu. Wenn sie sich bereit

erklärt, einen Betrag von 350 Millionen Euro in gleicher Weise vorzufinanzieren wie die Staatsregierung, können die Grundlagen einer gesicherten Finanzierung rasch geschaffen werden. Die Staatsregierung hat ihre Bereitschaft zur Vorfinanzierung von 350 Mio. € bereits mehrfach und eindeutig erklärt.“

Zudem hat Innenminister Joachim Herrmann in der heutigen Kabinettsitzung darauf hingewiesen, dass eine finanzielle Beteiligung der Landkreise an der Finanzierung der zweiten S-Bahnstammstrecke auf freiwilliger Basis rechtlich grundsätzlich möglich ist: „Denn eine Verbesserung des S-Bahnnetzes nützt auch den an das S-Bahnnetz angeschlossenen Landkreisen.“ Nach Meinung von Herrmann hätten die Landkreise auch ein großes Interesse daran, das Münchner S-Bahnnetz zu verbessern. Die Möglichkeiten kommunaler Finanzierungsmöglichkeiten müssten noch in diesem Jahr geklärt werden.

Finanzminister Dr. Markus Söder wies darauf hin, dass es in Deutschland bisher keine Modellprojekte für Public-Private-Partnership (PPP) bei Schieneninfrastrukturen gebe und Bayern hier Neuland betreten würde. „Eine Prüfung von Modellen einer Public-Private-Partnership bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke aus Sicht des Haushalts zeigt mehr Probleme auf als Lösungen“, betonte Finanzminister Söder. Wenn ein privater Investor die Vorfinanzierung leiste, müsse die öffentliche Hand dafür bezahlen, obwohl sie selbst bestmögliche Kreditkonditionen genieße. Am Ende müssten die Fahrgäste dafür bezahlen, zeigte sich Söder besorgt. Daher halte er diese Option für kaum machbar.

Folgende Maßnahmen sind in dem 13-Punkte-Sofortprogramm enthalten:

- **Wendegleis Weßling**

Mit dem Wendegleis wird die Verlängerung des 10-Minutentaktes bis Weßling ermöglicht.

- **Abzweigung Westkreuz**
Durch die höhenfreie Kreuzungsmöglichkeit von S 6 und S 8 können Qualitätsverbesserungen erreicht werden.
- **LZB Pasing**
Durch die Erweiterung der sogenannten ‚Linienzugbeeinflussung‘ (LZB) bis westlich von Pasing wird die Betriebsqualität der S-Bahn weiter verbessert.
- **Bahnsteig Markt Schwaben**
Damit wird die Abhängigkeit von Zügen der Gegenrichtung verringert und die Betriebsqualität auf der Linie S 2 verbessert.
- **140km/h Flughafen**
Durch diese Maßnahme kann die Linie S 8 zum Flughafen beschleunigt werden.
- **Sendlinger Spange**
Hier wird eine Ausweichmöglichkeit bei einem Störfall auf der bestehenden Stammstrecke geschaffen.
- **S7-Verlängerung**
Diese Maßnahme trägt zu einer besseren Verkehrserschließung der Region Wolfratshausen/Geretsried bei.
- **Linie A**
Die Elektrifizierung der Strecke von Dachau nach Altomünster macht Taktverdichtungen möglich.
- **Werk Steinhausen**
Die Erweiterung der Abstellanlage beim S-Bahn-Werk Steinhausen verbessert die Verfügbarkeit der Fahrzeuge und damit die Qualität im S-Bahn-System.
- **Neufahrner Kurve** (1. Baustufe Erdinger Ringschluss)
Durch die Neufahrner Kurve werden Regensburg, Landshut, Moosburg und Freising direkt an den Münchner Flughafen angebunden.
- **Lückenschluss Erding** (2. Baustufe Erdinger Ringschluss)
Der Lückenschluss Erding verlängert die heute am Flughafen endende Bahnstrecke nach Osten und stellt eine Verbindung zur bestehenden S-Bahnlinie in Erding her.

- **Walpertskirchner Spange** (3. Baustufe Erdinger Ringschluss)
Die Maßnahme ermöglicht die direkte Flughafenanbindung aus Südostbayern.
- **Barrierefreier Ausbau** (2013-2017)
Der Freistaat Bayern wird das Nachfolgeprogramm zum barrierefreien Ausbau von Bahnstationen im Freistaat Bayern für die Jahre 2013-2017 mit Nachdruck vorantreiben. Die Förderung soll auf dem bisherigen hohen Niveau von bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr fortgesetzt werden.

Die weiteren Maßnahmen des Bahnknoten Konzepts, wie der **Ausbau der Strecke S 4** und der **Strecke Johanneskirchen-Daglfing**, sollen ebenfalls rasch vorangetrieben werden. Zudem soll die Errichtung eines **Regionalzughalts Poccistraße** mit der Zielsetzung bewertet werden, ob hierdurch das Bahnknoten-Konzept der Bayerischen Staatsregierung ergänzt werden kann

gez.

Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++



13-Punkte-Sofortprogramm „Qualität im Münchner S-Bahn System“

- Wendegleis Weißling
- Abzw. Westkreuz
- LZB Pasing
- Bahnsteig Markt Schwaben
- 140 km/h Flughafen
- Sendlinger Spange
- S 7-Verlängerung
- Linie A
- Werk Steinhausen
- Neufahrner Kurve
- Lückenschluss Erding
- Walpertskirchner Spange
- Barrierefreier Ausbau

